

Niederschrift

über die 31. Sitzung des Rates der Stadt Jever

Sitzungstag: 30.09.10
Sitzungsort: Graf-Anton-Günther-Saal im Rathaus
Sitzungsdauer: 19:00 Uhr bis 20:31 Uhr

Teilnehmerverzeichnis:

Vorsitzende

Lorentzen, Margot

Stellvertretende Vorsitzende

Vredenborg, Elke

Ratsmitglieder

Albers, Jan Edo

Albers, Udo

Andersen, Klaus

Bunjes, Gertrud

Dankwardt, Angela

Funk, Harry

Glaum, Sabine

Habersetzer, Ralph

Harms, Siegfried

Hartl, Arnulf

Huckfeld, Renate

Husemann, Horst-Dieter

Janßen, Dieter

Kaiser, Peter

Ludewig, Enno

Lüken, Gerold

Makrinus, Ilse

Matern, Hans

Rasenack, Marianne

Reck, Renate

Schönbohm, Heiko

Schüdzig, Herbert

Schwanzar, Bernhard
Sender, Alfons
Vahlenkamp, Dieter
Werber, Gerhard
Wilhelmy, Hans-Jörg Dr.
Zillmer, Dirk

Verwaltung

Hagestedt, Uwe
Mühlena, Björn
Müller, Mike
Rüstmann, Dietmar

Entschuldigt waren:

Ratsmitglieder

Friedel, Lars

Tagesordnung:

TOP 1 Eröffnung der Sitzung durch die Ratsvorsitzende

Die Vorsitzende eröffnet die Sitzung um 19:03 Uhr.

TOP 2 Feststellen der ordnungsgemäßen Ladung und der anwesenden Ratsmitglieder

Der Vorsitzende stellt die ordnungsgemäße Ladung und die Anwesenheit der oben genannten Ratsmitglieder fest.

TOP 3 Feststellen der Beschlussfähigkeit

Die Vorsitzende stellt die Beschlussfähigkeit des Rates fest.

TOP 4 Feststellen der Tagesordnung

Herr Husemann führt aus, dass die CDU-Fraktion noch unter dem Eindruck der gestrigen Diskussionsveranstaltung mit den Gewerbetreibenden stünde. Man habe herausgehört, dass in der Stadt insgesamt, aber auch in Rat und Politik und insbesondere im Dialog mit den Gewerbetreibenden noch Diskussionsbedarf bestünde, weil die heutige Entscheidung, auch wenn es sich nur um die Grundsatzentscheidung handele, missverständlich auch in der Öffentlichkeit diskutiert werde. Dieses müsse ausgeräumt werden. **Er** bittet daher darum, den Tagesordnungspunkt Nr. 11 "Grundsatzentscheidung über die Einführung eines Fremdenverkehrsbeitrages" für den heutigen Abend abzusetzen. Die nächsten Wochen bis zur erneuten Behandlung dieses Themas sollen genutzt werden, den notwendigen und intensiven Dialog, der noch erforderlich sei, zu führen und dann zu entscheiden, wie man weiter vorgehen wolle. Über den Absetzungsantrag lässt **die Vorsitzende** abstimmen. Der Antrag wird mit 14 Ja-Stimmen, 15 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung abgelehnt. Die Tagesordnung wird wie vorgelegt festgestellt.

TOP 5 Genehmigung der Niederschrift Nr. 30 über die Sitzung des Rates vom 26. August 2010 - öffentlicher Teil -

Diese Niederschrift wird mit 29 Ja-Stimmen, bei 1 Enthaltung wegen Nichtteilnahme genehmigt.

TOP 6 Bekanntgabe amtlicher Mitteilungen

- keine -

TOP 7 Bericht der Bürgermeisterin über

TOP 7.1 Wichtige Beschlüsse des Verwaltungsausschusses

Bürgermeisterin Dankwardt unterrichtet den Rat über die wichtigen Beschlüsse des Verwaltungsausschusses aus dessen Sitzungen Nr. 73 vom 21. September 2010 und Nr. 74 vom 30. September 2010. Eine entsprechende Auflistung ist der Niederschrift in der Anlage beigefügt.

Anschließend trägt **sie** den Baubericht für den Berichtszeitraum vom 26.08. bis zum 28.09.2010 vor. Dieser ist dieser Niederschrift ebenfalls als Anlage beigefügt.

TOP 7.2 Wichtige Angelegenheiten der Stadt

Bürgermeisterin Dankwardt bittet die anwesenden Ratsmitglieder darum, eine von ihr vorbereitete Karte an die Soldatinnen und Soldaten in Mazar-e-sharif zu unterschreiben. Diese solle zusammen mit von Kindern des Kindergarten Moorwarfen gemalten Bildern nach dort übersendet werden. **Sie** weist darauf hin, dass sich die dort eingesetzten Soldatinnen und Soldaten über jeden Brief oder Karte aus der Heimat freuen würden und appelliert an die Bevölkerung, Karten zu schicken. Diese sollen im Rathaus zur Weiterleitung abgegeben werden, da die Bundeswehr die Adresse aus verständlichen Gründen nicht herausgeben wolle.

TOP 7.3 Anträge und Beantwortung von Anfragen

- keine -

TOP 8 Einwohnerfragestunde - Sitzungsunterbrechung -

Die Vorsitzende unterbricht die Sitzung, um den anwesenden Gästen die Möglichkeit zu geben, Fragen von allgemeinem Interesse an Rat und Verwaltung zu richten. Davon wird kein Gebrauch gemacht, so dass die Sitzung wieder eröffnet wird.

TOP 9 Neuordnung der Spiel- und Bolzplätze in Jever; hier: Entscheidung über aufzuhebende Spiel- und Bolzplätze

PlanA Nr. 43 vom 15. September 2010

VA Nr. 73 vom 21. September 2010

Vorlage: BV/335/2010

Herr Rüstmann führt zur Beschlussvorlage aus. Ohne Aussprache beschließt der Rat

Beschlussvorschlag:

Die nachstehend aufgeführten Kinderspielplätze bzw. der Bolzplatz werden aufgehoben:

–Händelstraße

–Dannhalmsweg

–Hajo-Jürgens-Straße

–Neißer Straße (Bolzplatz)

–Wiesenkamp

Der Kinderspielplatz Rüschenkamp im Geltungsbereich des Bebauungsplanes Nr. 7 wird bis zur Realisierung eines zukünftig nördlich angrenzenden Baugebietes nicht bestückt.

Abstimmung: einstimmig beschlossen

**TOP 10 Parkhaus Steinstraße;
hier: Einziehung der gewidmeten öffentlichen Parkfläche im
Kellergeschoss**

**BauA Nr. 45 vom 08. September 2010
VA Nr. 73 vom 21. September 2010
Vorlage: BV/327/2010**

Herr Rüstmann führt zur Beschlussvorlage aus. **Die Vorsitzende** weist darauf hin, dass Herr Andersen wegen Befangenheit weder an Beratung noch Beschlussfassung teil nehmen werde.

Herr Harms erläutert, dass die SWG-/Sender-Gruppe sich gegen die geplante Entwidmung ausspreche. **Er** trägt sodann die Argumente gegen die Entwidmung vor. Die rechtlichen Voraussetzungen für die Entwidmung lägen nach Ansicht seiner Gruppe nicht vor. Durch die Entwidmung und der damit einhergehenden Vermietung der Stellplätze würde die schlechte Parkplatzsituation in der Innenstadt verschärft, da die vermieteten Plätze jeweils nur von einem Fahrzeug genutzt werden könnten. Tagsüber seien die Plätze frei und könnten nicht mehr von anderen Parkplatzsuchenden genutzt werden.

Die Vorsitzende verliert sodann den Beschlussvorschlag, über den der Rat beschließt

Beschlussvorschlag:

Die seit dem 23. Mai 1987 gewidmete Fläche im Kellergeschoss des Parkhauses Steinstraße mit Zufahrt wird gemäß § 8 des Nieders. Straßengesetzes zum 1. Oktober 2010 eingezogen.

Abstimmung: mehrheitlich beschlossen: Ja 22 Nein 7 Befangen 1

**TOP 11 Grundsatzentscheidung über die Einführung eines
Fremdenverkehrsbeitrages**

**FinA Nr. 30 vom 13. September 2010
VA Nr. 73 vom 21. September 2010
Vorlage: BV/330/2010**

Herr Rüstmann führt aus, dass in den vergangenen Wochen die Gründe für die geplante Einführung eines Fremdenverkehrsbeitrages bei verschiedenen Anlässen und in verschiedenen Gremien ausführlich erläutert worden seien. Auch seien diese in der Presse diskutiert worden. Dabei sei **er** mit seinen Argumenten verstanden worden, habe aber gleichwohl kein Verständnis dafür gefunden. Sodann skizziert **er** die wesentlichen Punkte, die dafür ausschlaggebend gewesen seien, die Verwaltung zu veranlassen, der Politik die Einführung eines Fremdenverkehrsbeitrages vorzuschlagen:

1. Bezuschussung der Jever Marketing- und Tourismus GmbH mit jährlich über 200.000,00 Euro;

2. ein strukturelles Defizit im Verwaltungshaushalt von 1 bis 2 Millionen Euro jährlich, das sich kumuliert Ende 2010 auf ca. 4 Millionen Euro belaufen werde;

3. die Arbeit der Jever Marketing- und Tourismus GmbH schaffe zusätzliche Einnahmemöglichkeiten für die Gewerbetreibenden, den Einzelhandel und die Gastronomie.

Herr Rüstmann erklärt, dass es die Verwaltung unter Berücksichtigung der genannten Gründe für legitim halte, darüber nachzudenken, eine Refinanzierung herbeizuführen, die letztendlich von dem Mehrwert gespeist werden solle, den die Jever Marketing- und Tourismus GmbH für die Gewerbetreibenden schaffe. Es gehe jedoch nicht nur darum, mit diesen Einnahmen den Haushalt zu sanieren; man biete den Gewerbetreibenden offensiv an, zusätzliche Summen dem Budget der Jever Marketing- und Tourismus GmbH zur Verfügung zu stellen.

Hier sei eine Summe in Höhe von 50.000,00 Euro in der Überlegung. Dieses würde bedeuten, dass sich Stadt und Gewerbetreibende die Kosten für das Stadtmarketing teilen. Diese zusätzlichen 50.000,00 Euro könnten für unterschiedliche Zwecke eingesetzt werden. Hier sei man zu der Überzeugung gelangt, dass, wenn dieser Wege gegangen werde, es sinnvoll sei, die Gewerbetreibenden bei der Entscheidung, wie diese zusätzlichen Gelder verwendet werden sollen, einzubinden. Als denkbare Beispiele für die Verwendung nennt **Herr Rüstmann** das Kundenleitsystem, die Verbesserung der Unterbringung der Jever Marketing- und Tourismus-GmbH, zusätzliche Werbemaßnahmen oder zusätzliche Veranstaltungen. Einzelheiten müssten mit den Gewerbetreibenden im Konsens erarbeitet werden. Die Verwaltung sei nach wie vor der Meinung, dass dies der richtige Weg sei, die Finanzierung der GmbH dauerhaft sicher zu stellen.

Zum Abschluss führt **er** aus, dass **er** nochmals geprüft habe, ob dieser Grundsatzbeschluss endgültig bindend sei. Dieses sei nicht der Fall; der Rat könne jederzeit durch Beschluss von dem eingeschlagenen Weg Abstand nehmen.

Herr Husemann erklärt, dass **er** bereits zu Beginn der Sitzung signalisiert habe, dass in der CDU-Fraktion nach der gestrigen Diskussionsveranstaltung kein einheitliches Meinungsbild zum Tagesordnungspunkt Fremdenverkehrsbeitrag vorliege. Es gebe Gegner und Befürworter, die jeder gute Argumente hätten. Es handele sich um eine schwere Entscheidung, für die seine Fraktion gerne noch 3 bis 4 Wochen Zeit für den notwendigen Dialog gehabt hätte. **Er** bedauert, dass sich dieses heute habe nicht durchsetzen lassen.

Die Stadt Jever habe in den letzten Jahren erhebliche Mittel in die Förderung des Fremdenverkehrs gesteckt. Dieses weise die Bilanz der Jever Marketing- und Tourismus-GmbH aus. In der Gastronomie, im Beherbergungsgewerbe und im Einzelhandel wirken sich diese Anstrengungen der Stadt derzeit sehr positiv aus. Wenn man die Leistungen der Marketing- und Tourismus-GmbH unter die Lupe nehme, so sei es politisch unstrittig, dass diese Leistungen in den letzten Jahren anerkannt seien. Auch die aktuellen Diskussionen am gestrigen Abend hätten gezeigt, dass die Jever Marketing- und Tourismus-GmbH offiziell nicht in Frage gestellt werde.

Herr Husemann stellt fest, dass das Defizit sich auf 200.000,00 Euro plus X pro Jahr belaufe. Wegen der allgemein großen Defizitlage des Haushaltes sei der Rat gezwungen, initiiert durch Stellungnahmen der Kommunalaufsicht, insbesondere über eine Reduzierung des Zuschussbedarfs für die Jever Marketing- und Tourismus-GmbH nachzudenken. Mit der möglichen Einführung eines Fremdenverkehrsbeitrages würden die defizitären Kosten für die GmbH zu einem wesentlichen Teil von denjenigen getragen werden, die in erster Linie auch von den Maßnahmen der GmbH profitieren. Die messbaren Gegenleistungen der GmbH dafür wären im Umkehrschluss bei verstärktem

Marketing wiederum ein Gewinn für diese Betroffenen, die vom Beitrag erfasst würden. Auch die Stadt wolle sich nicht der Verantwortung entziehen, da sie sich mit einem Anteil an diesem Defizit dauerhaft beteiligen würde. Dieses wäre der Anteil, der sich am öffentlichen Interesse orientieren würde und der gestern Abend auf mindestens 25 % beziffert worden sei.

Von den zukünftigen Beiträgen wären in unterschiedlicher Abstufung alle selbständig Tätigen, die unmittelbar oder mittelbar einen wirtschaftlichen Vorteil aus dem Fremdenverkehr ziehen, betroffen, wobei genaue Beträge derzeit noch nicht genannt werden können. Man könne den Rückschluss daraus ziehen, dass damit der Zuschussbedarf der GmbH, der auch künftig anfallen werde, gerechter generiert werden solle. Dieser solle nicht nur aus allgemeinen Steuermitteln sondern gezielter aus den Beiträgen generiert werden, die der Personenkreis leisten solle, der unmittelbar den direkten Vorteil der Arbeit der GmbH habe. Hierunter würden auch die Filialisten fallen, die sich ansonsten nur freiwillig an der Fremdenverkehrsförderung beteiligen. Bei der Einführung des Beitrages wären diese mit im Kreis derer, die pflichtgemäß bezahlen müssten.

In der Diskussion sei nicht verkannt worden, dass zahlreiche Kaufleute der Stadt in der Vergangenheit bereits große Eigeninitiative gezeigt hätten und mit nennenswerten eigenen Mitteln Aktivitäten zur Attraktivitätssteigerung beigesteuert hätten. Diese Aktivitäten sollen und dürfen nicht erwürgt bzw. konterkariert werden. Vielmehr müssten die gemeinsamen Überlegungen dahin gehen, diese Aktivitäten zu erhalten und in ein mögliches zukünftiges Gesamtkonzept einzufügen. Dazu bestünde in den nächsten Monaten noch erheblicher Gesprächsbedarf. Dafür sei nach dem möglichen Grundsatzbeschluss noch ausreichend Zeit.

Alle, mit denen **er** in den letzten Wochen über dieses Thema diskutieren durfte, seien verständlicherweise erst einmal gegen den Fremdenverkehrsbeitrag gewesen. Es seien aber folgende Kernfragen gestellt worden:

- Wer muss zukünftig zahlen?
- Wer muss zukünftig nicht mehr zahlen?
- Wer zahlt wieviel?
- Wie gerecht bzw. ungerecht ist das neue System?

Diese wesentlichen Fragen, denen mit Transparenz und im Dialog nachgegangen werden müsse, könnten nur beantwortet werden, wenn der Grundsatzbeschluss heute gefasst werden würde. Ansonsten würden diese Fragen unbeantwortet bleiben.

Bei allem Verständnis für die Haltung der möglicherweise Betroffenen wäre der heutige Beschluss nicht voreilig und auch kein Schnellschuss, weil er zunächst die Verwaltung lediglich legitimiere, mit den notwendigen Vorarbeiten zu beginnen. Dadurch würden den Betroffenen in den nächsten Monaten Daten, Fakten und Einschätzungen geliefert. Diese Arbeit sollte nach Möglichkeit mit einem Grundsatzbeschluss beginnen. Wenn er nicht gefasst werde, brauche man sich an diese analytische Arbeit nicht zu machen.

Es bleibe aber der Auftrag an den Rat, das Defizit der Jever Marketing- und Tourismus-GmbH bei der Förderung des Fremdenverkehrs zu reduzieren. Dieses Problem müsse dann anderweitig bearbeitet werden. **Er** habe bereits einige Vorschläge dazu gehört, wie z.B. die Abschaffung der Jever Marketing- und Tourismus-GmbH, die Erhöhung der Grundsteuern oder Gewerbesteuern. Diese Vorschläge würden sicherlich zu einer Einnahmeverbesserung führen. **Er** bezweifelt, ob dieses gerechter, auskömmlicher oder wirksamer für die Fremdenverkehrsförderung wäre. Aus diesem Grunde werde **er** dem

Grundsatzbeschluss zustimmen, da **er** die anderen Vorschläge zur Erreichung dieses Ziel für nicht geeignet halte.

Herr Hartl kritisiert zu Beginn seiner Ausführungen die kurz vor der Ratssitzung von Herrn Husemann initiierte Aktion. **Er** finde es bemerkenswert, dass der Fraktionsvorsitzende der CDU zusammen mit den Fraktionsvorsitzenden der SPD und der SWG-/Sender-Gruppe und der Bürgermeisterin im "stillen Kämmerlein" kurz vor der Ratssitzung vor der Tür noch etwas aushandeln wollte, um alle damit zu überrumpeln. Dem Rat sei im Rahmen einer interfraktionellen Sitzung im Juni vom Kämmerer das Modell "Fremdenverkehrsbeitrag" vorgestellt worden. **Er** verstehe nicht, warum man die SPD und SWG hinzuziehe, wenn die CDU nach dem gestrigen Diskussionsabend noch Beratungsbedarf habe. Es sei nur die Entscheidung der CDU-Fraktion, ob diese noch Beratungsbedarf habe und diese könne dann auch alleine den Antrag stellen, anstatt vor der Tür einige Fraktionen zu missachten, statt diese mit einzubeziehen. Dieses hätte **er** erwartet.

Herr Hartl erklärt einfürend, dass die FDP-Fraktion die Einführung des Fremdenverkehrsbeitrages grundsätzlich ablehne. Diese Ablehnung stütze sich auf zwei Argumentationssäulen. Zum einen auf die seit Jahren verfolgte selbst initiierte „Schuldenpolitik“ und zum anderen auf die mit der Einführung der Fremdenverkehrsbeitrages verbundenen unkalkulierbaren Risiken und Nebenwirkungen. Zum jetzigen Zeitpunkt wäre die Einführung ein falsches Signal, so dass man darauf verzichten solle. Der Verwaltung werde keinen Vorwurf gemacht, da diese nur ihren Job tue.

Im Hinblick auf das notwendige Sicherungskonzept habe die Verwaltung der Politik die Einführung eines Fremdenverkehrsbeitrages als Bestandteil der Haushaltssicherung vorgeschlagen, verbunden mit der Summe von 100.000 Euro fiktiven Einnahmen. Es seien 100.000,00 Euro jährlich für die Jahre 2011, 2012 und 2013 unter Maßnahme 7 der Haushaltssicherung eingestellt worden. In einer Sitzung habe **er** den Kämmerer gefragt, wie dieser auf diese Zahl komme. Dieser habe ihm geantwortet, dass es sich dabei um eine "Bauchnummer" handele. Genau wisse die Verwaltung es auch nicht; die Einnahmen können geringer oder höher sein. **Herr Hartl** bittet darum, in der Öffentlichkeit mit ehrlichen und nicht mit fiktiven Zahlen aus der Fantasiewelt zu argumentieren.

Der Landkreis Friesland als Aufsichtsbehörde habe zusätzlich bei der Genehmigung des Haushalt 2010, der gegen die Stimmen der FDP-Fraktion mehrheitlich beschlossen worden sei, die Stadt aufgefordert, künftig beim „Tourismus“ Einsparungen vorzunehmen.

Man wisse, dass das Niedersächsische Kommunalabgabengesetz Kommunen, die das Attribut Kur- bzw. Erholungsort besitzen, erlaube, diesen Beitrag zu erheben. Man wisse aber auch, dass diese Einnahmen zur Sanierung von defizitären Haushalten nicht zulässig seien; vielmehr sollen die Einnahmen zur Deckung des Aufwandes der Gemeinden dienen. Die Einnahmen aus Fremdenverkehrsbeiträgen seien insofern zweckgebunden. Der ursprünglich gehegte Grundgedanke, mit dem Beitrag zur Sanierung des Defizits beizutragen, mutiere zur haushaltspolitischen Nullnummer.

Die jeverschen Steuerzahler leisten zur Zeit einen Beitrag von 221.500 Euro, um die Marketing- und Tourismus GmbH auch im Jahre 2010 weiter am Leben zu erhalten. In den Vorgängerjahren seien die Beiträge wesentlich höher gewesen. Politisch gewollt seien in den letzten 3 Jahren gestückelt 40.000,00 Euro, 30.000,00 Euro und 20.000,00 Euro, also insgesamt 90.000,00 Euro, als Zusatzbudget bewilligt worden, um seitens der GmbH handlungsfähig zu bleiben und einen Mehrwert für alle schaffen zu können. Ein Mehrwert, der in den letzten Jahren - außer man vergleiche die Übernachtungszahlen – nicht erkennbar sei. Ob die steigenden Übernachtungszahlen durch die Jever Marketing-

und Tourismus-GmbH bedingt seien, sei nicht nachgewiesen. **Herr Hartl** verweist dazu auf das geänderte Urlaubsverhalten hin.

Einen Mehrwert für die Stadt habe aber in den letzten 5 Jahren die Neuorganisation des Vereins Jever Aktiv e.V geschaffen. Gegründet aus den „alten Verkehrs- und Gewerbevereinen“ habe sich dieser Verein in den letzten Jahren massiv mit seinen Straßengemeinschaften für die Attraktivitätssteigerung dieser Stadt engagiert und mit hohem personellen und finanziellen Einsatz begründet. Brüll- und Kiewittmarkt - Organisation, Weihnachtsbeleuchtung verbunden mit den jahreszeitlichen Straßendekorationen, Sponsoring von Eisbahn, Blumenampeln, Pflanzaktionen in den Fußgängerzonen bis hin zu sich wiederholenden Straßenfesten, Musikveranstaltungen und langen Verkaufsnächten seien nur einige Beispiele, die dazu beigetragen hätten, die Besucherfrequenz der Stadt hochschnellen zu lassen.

Nun solle dieser engagierte Personen- und zusätzlich ein auserwählter Unternehmer- und Handwerkerkreis, bis hin zu Rechtsanwälten mit einem Fremdenverkehrsbeitrag belastet werden.

Herr Hartl spricht sodann die „Risiken und Nebenwirkungen“ an. Jeder der genannten Sponsoren könne seinen Euro nur einmal ausgeben. Wenn dieses nun in Form des Fremdenverkehrsbeitrages geschehen solle, so sei es nachvollziehbar, dass ein Großteil dieses Engagements künftig nicht mehr existieren würde.

Verbunden sei damit, dass ein nicht zu übersehendes Begleitphänomen gefährdet werde – das vor langen Jahren von der Altbürgermeisterin vehement eingefordert worden war und sich erstaunlich gut entwickelt habe: das „Wir-Gefühl“. Gerade das Einzelengagement der Kaufmannschaft, der Gastronomen, der Hoteliers und aller engagierten Bürger werde wegbrechen, da sich durch die finanziellen Mehreinnahmen, die der GmbH zufließen sollen, auch alles dorthin verlagert werden müsste.

Verbunden mit diesem Risiko sei natürlich auch der zusätzlich z.Z. noch nicht überschaubare personelle und finanzielle Einsatz der Stadt selbst. Umsatzzahlen müssten jährlich erhoben, der heranzuziehende Personen-/Unternehmerkreis müsste jährlich überarbeitet und potentielle juristische Folgen müssten bearbeitet werden. Der heutigen Presse könne entnommen werden, dass es im Wangerland einen 5 Jahre andauernden Rechtsstreit um die dortige Fremdenverkehrsabgabe gegeben habe.

Der Kämmerer sei zu der Einsicht gelangt, dass er allein die Arbeiten im Zusammenhang mit der geplanten Fremdenverkehrsabgabe nicht schaffen könne, sondern ein höherer Personalaufwand erforderlich sein werde. Dieses sei ein zusätzlicher Kostenfaktor.

Abschließend stellt **Herr Hartl** fest, dass noch so kreative Gedanken zur Einnahmeverbesserung verpuffen werden, solange nicht ein rigoroser Sparkurs im Vordergrund stehe. **Er** weist darauf hin, dass innerhalb eines Jahres die Kassenkredite verdoppelt werden müssten.

Schuldenpolitik und zweifelhafte neue Füllhörner, die schnell geleert seien, würden auch eine solche Maßnahme nicht zum Erfolg führen. Die vermeintlichen Mehreinnahmen hätten schon wieder neue Begehrlichkeiten geweckt. Die SPD-Fraktion habe ihre Gedanken dazu schon öffentlich gemacht.

Herr Hartl zitiert die Worte des Vizepräsidenten des Deutschen Städtetages, des Oberbürgermeisters der Stadt München, Herrn Christian Ude, zum Thema „Finanznöte der Kommunen“ :“Drastische Ausgabensenkung muss im Vordergrund stehen, bevor

neue z.T. absurde Einnahmequellen wie Sonnenbank-, Spiel-, Sex- oder Blaulichtsteuer erfunden und eingeführt werden“.

Auch die Stadt Jever sollte sich an dieser Mahnung messen und eine verantwortungsvollere Haushaltspolitik praktizieren. Dann benötige man die Fremdenverkehrsabgabe nicht und sei gegenüber der Kommunalaufsicht glaubwürdig. Um festzustellen, wer sich dem Appell anschließen möchte, beantragt **Herr Hartl** für seine Fraktion die namentliche Abstimmung zu diesem TOP.

Herr Rüstmann erklärt, dass man in der politischen Diskussion der Meinung sein könne, dass der Fremdenverkehrsbeitrag verfehlt sei. **Er** könne aber nicht akzeptieren, dass das, was die Verwaltung erarbeitet habe, als unseriös abgetan werde. Wenn man ein Haushaltskonsolidierungskonzept aufstelle und sich in diesem Rahmen gewisse Ziele setze, dann gehe man erst einmal mit vagen Größen um. Man orientiere sich an dem, was maximal möglich sei und reduziere dieses um die Größen, die nicht zu realisieren seien. So sei **er** auf den Betrag von 100.000,00 Euro gekommen. Das "Bauelement" liege darin, dass **er** auch auf 80.000,00 oder 120.000,00 Euro hätte kommen können. Beide Beträge lassen sich nach dem Recht darstellen und beide hätten einen soliden Hintergrund. Von daher sei die Aussage, dass hier unseriös gearbeitet worden sei, nicht haltbar.

Herr Janßen nimmt sodann für die SPD-Fraktion Stellung und erklärt, dass seine Fraktion sich einer namentlichen Abstimmung nicht verweigern werde. Spätestens mit der Verabschiedung des Haushaltes 2010 am 25.02.2010 sei allen Ratsmitgliedern klar gewesen, dass die Erhebung einer Fremdenverkehrsabgabe ins Auge gefasst werde. Dazu habe im Haushaltskonsolidierungskonzept eine Summe von 100.000,00 Euro an Einnahmen aus der Fremdenverkehrsabgabe gestanden. Laut dem ihm vorliegenden Protokoll habe die FDP-Fraktion dazu keine Stellung bezogen. **Er** wundere sich darüber, dass nicht bereits schon damals der Zeigefinger erhoben worden sei. Nun sei diese Fraktion heute dagegen.

Die SPD-Fraktion habe sich intensiv mit dieser Thematik befasst. Es habe eine interfraktionelle Sitzung des Rates zu diesem Thema gegeben, in der sich alle Ratsmitglieder hätten informieren können. Außerdem habe es sicherlich in allen Fraktionen Diskussionen über die Fremdenverkehrsabgabe gegeben. **Herr Janßen** kündigt an, dass bis auf ein Mitglied alle Mitglieder der SPD-Fraktion für den Grundsatzbeschluss stimmen werden.

Zur Begründung führt **er** aus, dass Jever ein attraktiver Touristenstandort sei, mit dem nach seiner Ansicht kein anderer Ort in Friesland mithalten könne. Darauf könne man stolz sein. Jeder könne sich davon überzeugen, dass im Frühjahr, Sommer und Herbst in Jever sehr viele Touristen seien. Damit dieses so bleibe und weiterhin ausgebaut werde, benötige man das Stadtmarketing. Dieses koste Geld und zwar etwas über 200.000,00 Euro im Jahr, das von allen Bürgern, insbesondere Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern, aufgebracht werde. Dieses Geld sei gut angelegt. Seine Fraktion stehe hinter dem Stadtmarketingkonzept und wolle dieses erhalten. Ohne die Jever Marketing- und Tourismus-GmbH als freiwillige Einrichtung der Stadt Jever wären die hohen Übernachtungs- bzw. Besucherzahlen und viele Veranstaltungen nicht möglich. Dieses gelte auch für die überregionale Werbung. **Er** lobt die Jever Marketing- und Tourismus-GmbH, die viele neue Wege beschritten habe und deren Mitarbeiter sehr motiviert seien. Seine Fraktion stünde hinter der GmbH.

Das Gesamtdefizit der Stadt Jever würde sich am Ende des Jahres auf 4.000.000,00 Euro belaufen. Dieses sei zu viel; die Stadt Jever stehe aber im Vergleich zu anderen Gemeinden im Landkreis Friesland einigermaßen gut da. Wenn die Stadt schwarze

Zahlen schreiben würde und von der Kommunalaufsicht nicht aufgetragen bekommen hätte, eine diesbezügliche Abgabe, nicht Steuer, zu erheben, hätte man heute nicht diesen Tagesordnungspunkt zu beraten. Deshalb solle ein Beitrag von denen erhoben werden, die vom Tourismus profitieren. Es solle eine differenzierte Abgabe erhoben werden und nicht eine pauschale Abgabe. Über die Ausgestaltung der Abgabe müsse man noch sprechen.

Seine Fraktion erkenne an, dass die Gewerbetreibenden und hier insbesondere "Jever Aktiv e.V." sich für die Attraktivität der Stadt einsetzen. Dieses sei sehr lobenswert, da dieses Engagement ehrenamtlich und freiwillig geleistet werde. Der geplante Fremdenverkehrsbeitrag sei aber unumgänglich. Man könne andere Städte und Gemeinden im Umkreis befragen, in denen eine solche Abgabe auch schon erhoben werde. Die Stadt Jever wolle das Rad hier nicht neu erfinden, sondern sich an anderen Gemeinden orientieren, damit eine künftige Fremdenverkehrsbeitragssatzung auch vor Gericht Bestand habe, da es dagegen wohl Klagen geben werde.

Seitens der Stadt Jever werde durch die Jever Marketing- und Tourismus-GmbH eine Dienstleistung erbracht, an der sich diejenigen beteiligen sollen, die davon profitieren. Es sei geplant, dass die starken Schultern mehr tragen sollen, als die schwachen, in dem Rücksicht auf die individuelle Leistungsbereitschaft genommen werden solle. Im Gegensatz zur Gewerbesteuer würden nicht nur Kaufleute, Gewerbetreibende, Gastwirte und Hoteliers herangezogen, sondern auch die Filialisten, die in Jever keine Gewerbesteuern zahlen. Künftig würde eine größere Bandbreite herangezogen werden. Wie hoch die Beiträge für den Einzelnen ausfallen, könne derzeit noch nicht gesagt werden. Wenn die Verwaltung die notwendigen Daten ermittelt habe, werde man wissen, wieviel jeder aufgrund seines Umsatzes zahlen müsse. Dann könne man auch entscheiden, wie viel man an Fremdenverkehrsbeitrag einnehmen wolle. Dieses liege in der Entscheidung des Rates.

Herr Janßen fasst zusammen, dass es heute um einen Grundsatzbeschluss gehe und nicht um die Festlegung von Einzelheiten. Es gehe auch darum, dass die Verwaltung arbeiten könne. **Er** schätzt, das ca. ein halbes Jahr erforderlich sei, die erforderlichen Daten zusammenzutragen. Erst dann müssten die Einzelheiten im Rat noch eingehend diskutiert werden. Dabei sollen alle Betroffenen ein Mitspracherecht haben. Es solle keine Entscheidung über die Köpfe der Zahlungspflichtigen hinweg getroffen werden. Das Ziel seiner Fraktion sei, eine zufriedenstellende Lösung zu finden.

Herr Schönbohm führt aus, dass die SWG-/Sender-Gruppe sich am gestrigen Tage 2 Stunden intensiv mit der Thematik befasst habe. Aufgrund des komplexen und schwierigen Themas sei es nicht verwunderlich, dass man nicht zu einer einstimmigen Meinung gelangt sei. Dieses wäre aber in seiner Gruppe kein Problem, da es hier keinen Fraktionszwang gebe.

Das Hauptargument der Gegner des Fremdenverkehrsbeitrages sei die Grundsatzfrage, dass in den letzten Jahren Gelder in Millionenhöhe ausgegeben worden seien, mit denen seine Gruppe nicht einverstanden gewesen sei, die zu einem erheblichen Defizit geführt hätten, das jetzt durch diese Abgabe zurückgeführt werden solle.

Weitere Argumente der Ablehner seien

1. dass der Verwaltungsaufwand im Rathaus steigen würde;
2. dass viele kleinere Geschäfte mit nicht so großem Umsatz durch die Abgabe in Schwierigkeiten geraten würden;
3. dass die Einteilung, wer vom Fremdenverkehr profitiere, nicht klar sei,
4. dass die angedachten Einnahmen nicht im Verhältnis zum Ergebnis stehen, wenn auf

der anderen Seite Leistungen wegfallen und Verwaltungskosten anfallen.

Die Befürworter dagegen würden den direkten Zusammenhang zwischen den Ergebnissen der Jever Marketing- und Tourismus-GmbH und denen, die davon profitieren, sehen. Es sei ein Defizit von 200.000,00 Euro für das Stadtmarketing zu verzeichnen. Hier sehen die Befürworter es nicht ein, dass dieses Defizit aus dem allgemeinen Steuersäckel auch von denen gezahlt werden soll, die nichts davon hätten. Die Jever Marketing- und Tourismus-GmbH sei von allen gewünscht, aber man müsse sich die Frage stellen, wer das Defizit dann tragen solle. Seine Gruppe werde kein einheitliches Votum abgeben.

Herr Schwanzar erklärt, dass die Diskussion zeige, dass das Stadtmarketing einen Riss bekommen habe, da in dem Stadtmarketing nicht nur die GmbH sitze, sondern auch Geschäftsleute. Die Diskussion über die Einführung einer Fremdenverkehrsabgabe sei nach seinen Informationen mit den Geschäftsleuten nicht geführt worden. Zumindestens habe **er** dazu nichts aus den Protokollen entnehmen können.

Eventuell habe man hier den falschen Weg eingeschlagen und zu wenig Transparenz gezeigt. Dieses hole den Rat jetzt ein. Wenn der Grundsatzbeschluss die notwendige Mehrheit nicht finde, müsse neu darüber nachgedacht werden, wie die GmbH künftig finanziert werden solle. Vielleicht habe seine Fraktion von Beginn an Recht gehabt, als sie die Einstellung des Stadtmanagers mit der Begründung abgelehnt habe, dass diese GmbH auf Dauer ein Zuschussgeschäft sein würde. Die GmbH sei ein Zuschussgeschäft geblieben. Dieses habe Herr Hartl in Zahlen ausgedrückt. Im Laufe der Zeit sei das Defizit immer höher geworden.

In seiner Fraktion sei das Pro und Kontra intensiv diskutiert worden. Als Grüne sei man grundsätzlich dagegen, weil die Kommunen eine Bürgerschaftssteuer bräuchten. Man bräuchte für die Kommunen eine breite Besteuerung. Mit den vorhandenen Einnahmen käme keine Kommune zurecht. Seine Fraktion könne sich vorstellen, dass die Kommunen einen Teil der Umsatz- oder Einkommenssteuer bekomme und dafür auch Hebesätze entwickle. Auf jeden Fall müsse sich die Bundesregierung überlegen, wie sie ihre Kommunen wieder handlungsfähig machen könne. Über kurz oder lang werde die Stadt Jever nicht mehr handlungsfähig sein, wenn man sich nur auf das Kerngeschäft zurückziehen müsse. Dieses gehe auch die Geschäftsleute an. Diese müssten sich überlegen, ob sie, wenn ihnen diese GmbH wichtig sei, freiwillige Beiträge leisten, um die Aktivitäten dieser GmbH am Leben zu erhalten und in Zukunft zu unterstützen.

Herr Zillmer führt aus, dass **er** für die Mitglieder der CDU-Fraktion, die sich gegen den Grundsatzbeschluss aussprechen, deren Gründe vortragen wolle. **Er** schickt voraus, dass die Leistungen der Jever Marketing- und Tourismus-GmbH nicht in Abrede gestellt werden. Diese seien im Gegenteil für die Stadt Jever zwingend erforderlich. Es seien aber auch die Leistungen der Gewerbetreibenden, die diese auf freiwilliger Basis für die Stadt und für das Ansehen der Stadt tätigen, ebenfalls absolut wichtig.

Für die eigene Abwägung habe eine Rolle gespielt, dass Schwierigkeiten in einer ausgewogenen Datenerhebung gesehen werden. Aus anderen Kommunen, die solch eine Erfassung durchgeführt haben, sei bekannt geworden, dass im Regelfall nur mit einer Rückmeldung in 80 % aller Fälle gerechnet werden könne. 20 % aller Fälle müssten geschätzt werden. Daraus resultieren dann Rechtsstreitigkeiten, die sich über Jahre hinzögen. Dieses werde nicht für den richtigen Weg gehalten.

Das Verfahren, das in den verschiedenen Vorstellungen skizziert worden sei, sei sehr komplex. Die Umsatzabhängigkeit sei den Betroffenen ein Dorn im Auge. Insgesamt sei festzustellen, dass das Verfahren sehr arbeits- und zeitintensiv sei. Es könne hinterher

nicht ausreichend transparent gemacht werden, weil viele Daten dem Datenschutz oder dem Steuergeheimnis unterlägen, so dass eine Vergleichbarkeit nicht möglich sei. Die Klagewahrscheinlichkeit zeige auf, dass mit Störfeuer zu rechnen sei. Diejenigen, die aus dem Kreis der CDU-Fraktion die Fremdenverkehrsabgabe heute ablehnen, wollen versuchen, eine Alternative zu erarbeiten. Man bitte die Gewerbetreibenden, sich mit ihnen in Verbindung zu setzen, um gemeinsam eine Alternative zu erarbeiten, wie man die Jever Marketing- und Tourismus-GmbH auf solidere Füße stellen könne.

Herr Kaiser erklärt, dass **er** rekapitulieren wolle, was man gestern Abend in der Diskussionsveranstaltung mit den Betroffenen, die den Fremdenverkehrsbeitrag zahlen sollen, erlebt habe. Natürlich habe es Kritik gegeben, aber keine dumpfe Kritik der Ablehnung. Die Anwesenden wollten die Höhe der zu zahlenden Abgabe erfahren. Hierzu seien seriöserweise keine Zahlen zu nennen, da man noch keine Bemessungsgrundlage habe.

Erstaunlich sei gewesen, dass es viele Stimmen gegeben habe, wonach man grundsätzlich nicht gegen die Fremdenverkehrsabgabe sei. Diese Gewerbetreibenden hätten geäußert, dass sie noch mehr wissen wollen und gewisse Wünsche an das Verfahren hätten. Dieser gewünschte Dialog mit den Betroffenen könne jedoch nur geführt werden, wenn heute Abend ein Grundsatzbeschluss gefasst werde und in der weiteren, engen Zusammenarbeit mit den Betroffenen diese Dinge erarbeitet würden.

Aus der breiten Kaufmannschaft seien interessante Vorschläge gemacht worden. U.a. sei vorgeschlagen worden, nicht nur von 150.000,00 Euro sondern von 300.000,00 Euro an Aufwand auszugehen und davon all das zu bezahlen, was jetzt in mühsamer Arbeit freiwillig bewerkstelligt werde. Dieses fange an bei Bänken und gehe weiter bis zur Weihnachtsbeleuchtung. Es gebe viele interessante Aspekte, die eine gute Zusammenarbeit mit den Kaufleuten eröffnen würden. Der Dialog müsse erst einmal begonnen werden und dürfe nicht mit Ängsten, Befürchtungen und Phänomenen verbunden werden.. Wenn man den echten Dialog suche, habe man viele Chancen.

Nicht umsonst sei die Fremdenverkehrsabgabe als eine probate Abgabe im Niedersächsischen Kommunalabgabengesetz vorgesehen. Die Stadt Jever habe zwar ein Erhebungsrecht; aber damit würden die Schwierigkeiten erst beginnen. In Hannover überlege man, eine Hotelsteuer einzuführen. Deren Rechtmäßigkeit sei ungewiss. Die Fremdenverkehrsabgabe sei dagegen ein vom Gesetzgeber und der Rechtsprechung abgesichertes Instrument.

Herr Kaiser appelliert an alle, den Weg nicht ohne einen Versuch abzubrechen. **Er** habe in der Diskussionsveranstaltung deutlich gespürt, dass die Betroffenen, die diese Beiträge zahlen sollen, zu einer konstruktiven Mitarbeit bereit seien. Die Ängste und Befürchtungen, die heute aus dem politischen Raum gekommen seien, habe **er** dort nicht gehört.

Frau Glaum erklärt, dass **sie** mit den Ausführungen von Herrn Janßen und Herrn Kaiser nicht überein stimme. Der von diesen Herren vorgeschlagene Weg sei ihrer Meinung nach nicht richtig. Man müsse erst mit den Betroffenen sprechen und die Informationen übermitteln und dann über die Ausgestaltung der Abgabe reden. Es sei falsch, jetzt schon durch den Grundsatzbeschluss Tatsachen zu schaffen. Später könne man nur noch marginal Änderungen durchsetzen. In Wirklichkeit gehe es nur darum, eine Steuer zu erheben.

Ihrer Ansicht nach betreibe die Stadt jedes Mal eine völlig verkehrte Informationspolitik, weil sie an den Betroffenen vorbei agiere und diese nie mit einbeziehe. Als Beispiele nennt **sie** das Altstadt-Quartier und die Beleuchtung in der Schlosserstraße. Diese

Informationspolitik würde nur zur Politikverdrossenheit führen. Es sei dann nicht verwunderlich, wenn die Bürger einen Bürgerentscheid fordern. Man hätte sich mit der Information viel mehr Zeit lassen und nicht immer vollendete Tatsachen schaffen sollen.

Bürgermeisterin Dankwardt erklärt, dass **sie** dem Antrag der FDP-Fraktion auf namentliche Abstimmung begrüße. **Sie** führt aus, dass derjenige, der eine Entscheidung treffe und diese für sich selbst und die Bürger begründen könne, kein Problem damit haben werde, seinen Namen zu nennen. **Sie** selber wolle sich nicht hinter der namentlichen Abstimmung verschanzen, sondern ihr Votum begründen, das für den Fremdenverkehrsbeitrag ausfallen müsse.

Sie sei verblüfft über den Paradigmenwechsel, den **sie** seit der Finanzausschusssitzung von einigen Ratsmitgliedern erlebt habe. Damals habe die FDP-Fraktion von Anfang an den Fremdenverkehrsbeitrag abgelehnt, während die anderen Fraktionen gleich zugestimmt bzw. geäußert hätten, dass **sie** noch in der Findungsphase seien. Einige Ratsmitglieder hätten sich mittlerweile vollständig umentschieden. Ihrer persönlichen Meinung nach dürfte man sich als Ratsmitglied nicht unter dem Druck von Äußerungen von Betroffenen von seiner Entscheidung abbringen lassen.

Die Crux liege in dem, was Herr Schwanzar gesagt habe. Die Finanzierung der Kommunen sei eine einzige Katastrophe. Alles was links in die Tasche gehe, werde rechts wieder von irgend jemanden herausgenommen. Letztendlich schwitze jede Kommune in ihrem eigenen Saft und müsse Problemlösungen finden, die unangenehm seien. Einige Gemeinden fangen an, freiwillige Leistungen komplett einzustellen, die die gesamte Bürgerschaft betreffen. In der Nachbarschaft seien schon Freibäder geschlossen worden und werde über die Schließung von anderen Angeboten für die Bürger nachgedacht. Daran sei die Stadt Jever bislang vorbeigeschrammt. Ob man dieses noch lange durchhalte, wisse **sie** nicht. Die Jever Marketing- und Tourismus-GmbH sei ohne Zweifel eine freiwillige Leistung, die man ohne Zweifel zur Disposition stellen könnte. Gleichwohl sei dieses aber problematisch, da das Personal weiter beschäftigt werden müsste.

Bürgermeisterin Dankwardt bedankt sich an dieser Stelle bei alle Kaufleuten, Gastronomen und dem Verein "Jever Aktiv e.V.", die viel Engagement in die Stadt einbringen. Dieses könne ihre Entscheidung aber nicht beeinflussen. Es solle ein Beitrag für eine Dienstleistung eingeführt werden, die von der Jever Marketing- und Tourismus-GmbH erbracht werde. Davon würden viele profitieren. Die Verwaltung habe jetzt den Versuch gestartet, eine einigermaßen gerechte Verteilung auf viele Köpfe in die Wege zu leiten. Herr Rüstmann habe deutlich gemacht, dass die Stadt die Einnahmen aus dieser Abgabe nicht ins eigene Säckel packen wolle, sondern dass Reinvestitionen ins Stadtmarketing geplant seien. Dafür habe Herr Rüstmann Beispiele genannt.

Das Defizit von 200.000,00 Euro pro Jahr für das Stadtmarketing zwingt **sie** als Bürgermeisterin kraft ihres Amtes klar zu der Entscheidung für die Einführung eines Fremdenverkehrsbeitrages. Wenn der Rat in dieser Sache nicht Farbe bekenne, müssten andere Lösungen gefunden werden. Zum einen komme die Reduzierung der Ausgaben in Betracht. Dafür gebe es sicherlich Möglichkeiten; **sie** möge als Bürgermeisterin einer Kreisstadt darüber aber nicht nachdenken. Die andere Alternative beinhalte die Erhöhung der Einnahmen. Funktioniere dieses nicht über den Fremdenverkehrsbeitrag, werde man über Steuererhöhungen sprechen müssen. **Sie** sehe dazu keine Alternative.

Sie erklärt, dass **sie** eine positive Resonanz von den Betroffenen nicht erwartet habe. **Sie** habe aber in Gesprächen mit Geschäftsleuten gehört, dass diese die Einführung dieser Abgabe verstehen. Ihr sei klar, dass sich die Mehrheit nicht darüber freue; davon könne **sie** sich aber nicht beeinflussen lassen.

Der Vorwurf, dass im Vorfeld nicht genügend Informationen gegeben worden seien, empfinde **sie** als Schlag ins Gesicht. Bevor der Rat informiert worden sei, habe es ein ausgiebiges Gespräch mit Mitgliedern und dem Vorstand von "Jever Aktiv e.V." gegeben. Darüber habe der Rat Kenntnis gehabt, weil es ein ungewöhnlicher Weg gewesen sei, als Verwaltung zunächst einmal mit den Betroffenen darüber zu sprechen. So verfähre man in der Regel nicht, da der Rat der 1. Ansprechpartner sei. Abschließend bittet **sie**, egal ob dem Grundsatzbeschluss zugestimmt oder dieser abgelehnt werde, darum, im Nachgang um ein sachliches Miteinander. Diejenigen, die nicht für die Einführung des Fremdenverkehrsbeitrages seien, hätten es in der Zukunft in dieser Stadt einfacher, als diejenigen, die dafür seien.

Herr Rüstmann erklärt, dass aus rechtlichen Gründen eine Ergänzung des Beschlussvorschlages erforderlich sei. Es müsse darauf hingewiesen, dass der Beitragsmaßstab der Umsatzmaßstab sein solle. **Er** trägt den geänderten Beschlussvorschlag vor.

Die Vorsitzende lässt sodann über den Antrag der FDP-Fraktion auf namentliche Abstimmung abstimmen.

Abstimmung: einstimmig beschlossen

Abschließend führt die Vorsitzende die namentliche Abstimmung über den von Herrn Rüstmann vorgetragenen ergänzten Beschlussvorschlag durch:

Name	Vorname	Abstimmung: Ja	Abstimmung: Nein	Abstimmung: Enthaltung
Albers	Jan Edo		x	
Albers	Udo		x	
Andersen	Klaus		x	
Bunjes	Gertrud	x		
Dankwardt	Angela	x		
Funk	Harry		x	
Glaum	Sabine		x	
Habersetzer	Ralph		x	
Harms	Siegfried		x	
Hartl	Arnulf		x	
Huckfeld	Renate	x		
Husemann	Horst-Dieter	x		
Janßen	Dieter	x		
Kaiser	Peter	x		
Lorentzen	Margot	x		
Ludewig	Enno		x	
Lüken	Gerold		x	
Makrinus	Ilse	x		
Matern	Hans		x	
Rasenack	Marianne	x		

Reck	Renate	x		
Schönbohm	Heiko	x		
Schüdzig	Herbert		x	
Schwanzar	Bernhard		x	
Sender	Alfons		x	
Vahlenkamp	Dieter	x		
Vredenburg	Elke	x		
Werber	Gerhard		x	
Wilhelmy	Dr. Hans-Jörg		x	
Zillmer	Dirk		x	
Gesamtergebnis		13	17	0

Die Einführung eines Fremdenverkehrsbeitrages auf der Grundlage des Umsatzmaßstabes in der Stadt Jever wird beschlossen.

Zu diesem Zweck erlässt die Stadt Jever eine Fremdenverkehrsbeitragsatzung.

Die Verwaltung wird beauftragt, eine entsprechende Satzung vorzubereiten.

Abstimmung: mehrheitlich abgelehnt: Ja 13 Nein 17

TOP 12 Jahresrechnung für das Haushaltsjahr 2009

**FinA Nr. 30 vom 13. September 2010
VA Nr. 73 vom 21. September 2010
Vorlage: BV/325/2010**

Der Rat der Stadt Jever beschließt

Beschlussvorschlag:

- a) Die Jahresrechnung für das Haushaltsjahr 2009 wird gem. § 101 Abs. 1 NGO beschlossen.***
b) Für das Haushaltsjahr 2009 wird der Bürgermeisterin die Entlassung gem. § 40 Abs. 1 Ziff 9 NGO i.V.m. § 101 Abs. 1 NGO erteilt.

Abstimmung: mehrheitlich beschlossen: Ja 28 Nein 1 Enthaltung 1

TOP 13 Produktbuch der Stadt Jever

**FinA Nr. 30 vom 13. September 2010
VA Nr. 73 vom 21. September 2010
Vorlage: MV/331/2010**

Zur Kenntnis genommen

TOP 14 Baubetriebshof der Stadt Jever; "Fit für die Doppik"

**FinA Nr. 30 vom 13. September 2010
VA Nr. 73 vom 21. September 2010
Vorlage: BV/248/2010**

Herr Rüstmann führt kurz zur Beschlussvorlage aus und verliest den Beschlussvorschlag.
Sodann beschließt der Rat

Beschlussvorschlag:

Der Baubetriebshof wird als Regiebetrieb der Stadt Jever mit eigener kaufmännischer Wirtschaftsführung geführt. Übergeordnete Organisationseinheit ist der Fachdienst 60.

Ab 01.01.2011 wird jede Leistung des Baubetriebshofes als Auftragnehmer den Auftraggebern in Rechnung gestellt (klassisches Auftraggeber- / Auftragnehmerverhältnis). Auftragsberechtigt sind nur die Produktverantwortlichen der Stadtverwaltung. Ziel ist ein wirtschaftlicher und wettbewerbsfähiger Betrieb mit 100 %-iger Kostendeckung.

Grundsätzlich sind folgende Einheitspreise in Rechnung zu stellen:

<i>Facharbeiterstunde inkl. Fahrzeuge und Werkzeug</i>	<i>40,00 Euro</i>
<i>Hilfsarbeiterstunde inkl. Fahrzeuge und Werkzeug</i>	<i>37,00 Euro</i>

zuzüglich 10 %-iger Zuschlag für Arbeiten an Sonn- und Feiertagen

<i>Einsatzstunde Unimog</i>	<i>43,00 Euro</i>
<i>Einsatzstunde Radlader</i>	<i>30,00 Euro</i>

Anfallende Materialkosten werden zusätzlich berechnet.

Sofern für Leistungsbereiche eine detaillierte Kosten- und Leistungsrechnung vorliegt, wird die Leitung des Baubetriebshofes bevollmächtigt, auf Basis dieser Kalkulation abzurechnen.

Im Haushaltsplan 2011 sind die erforderlichen Veranschlagungen vorzunehmen.

Abstimmung: einstimmig beschlossen

TOP 15 Antrag der SWG/Sender-Gruppe auf Verzicht einer freiwilligen Ausgabe für private Gebäudesanierungsmaßnahmen unter gleichzeitiger Festsetzung eines Sperrvermerks im Haushalt 2010

**FinA Nr. 30 vom 13. September 2010
VA Nr. 73 vom 21. September 2010
Vorlage: BV/336/2010**

Herr Rüstmann verliert den Beschlussvorschlag. Herr Husemann ist während dieses Tagesordnungspunktes nicht im Raum.

Herr Harms verliert den Antrag und Begründung.

Herr Janßen führt dazu aus, dass der Haushalt für das Jahr 2010 im Rahmen einer Mehrheitsentscheidung beschlossen worden sei. Diese Mehrheitsentscheidung solle akzeptiert werden. Darin sei die Summe genannt und könne daher ausgegeben werden. Die Kommunalaufsicht habe den Haushalt geprüft und diesen für gut befunden. Es sei ordentlich und sachgerecht gehandelt worden. Für die Stadt Jever sei die Ausgabe dieses Geldes von Vorteil, da damit die Attraktivität insbesondere des Kirchplatzes weiter gestärkt werde. Es gehe um ein Gebäude um Kirchplatz, das sehr marode sei und saniert werden solle. Das Bauhandwerk werde davon auch profitieren.

Den Vorwurf der unterlassen Bauunterhaltung weist **Herr Janßen** zurück. Die SWG-/Sender-Gruppe hätte zum Haushalt einen entsprechenden Antrag stellen können. **Er** habe keinen entsprechenden Antrag der Gruppe gesehen.

Der Rat der Stadt Jever beschließt

Beschlussvorschlag:

Der Antrag der SWG/Sender-Gruppe, auf eine freiwillige Ausgabe im Bereich der Sanierungszuschüsse unter gleichzeitiger Festsetzung eines Sperrvermerks im Haushalt 2010 zu verzichten, wird abgelehnt.

Abstimmung: mehrheitlich beschlossen: Ja 19 Nein 10

TOP 16 Jahresabschluss des Eigenbetriebes Betreibergesellschaft Friesland-Halle 2008

**WerkA Nr. 7 vom 13. September 2010
VA Nr. 73 vom 21. September 2010
Vorlage: BV/107/2009**

Der Rat der Stadt Jever beschließt ohne Aussprache

Beschlussvorschlag:

- a) Der Jahresabschluss 2008 mit dem Lagebericht wird gem. § 30 Eigenbetriebsverordnung festgestellt.***
- b) Für das Haushaltsjahr 2008 wird der Werksleitung die Entlastung gemäß § 30 Eigenbetriebsverordnung erteilt.***

c) Der Jahresverlust des Haushaltsjahres 2008 in Höhe von 9.136,48 Euro ist aus dem Haushalt der Stadt auszugleichen.

Abstimmung: einstimmig beschlossen

TOP 17 Jahresabschluss des Eigenbetriebes Betreibergesellschaft Friesland-Halle für 2009

WerkA Nr. 7 vom 13. September 2010

VA Nr. 73 vom 21. September 2010

Vorlage: BV/320/2010

Herr Rüstmann verliest den Beschlussvorschlag.

Herr Janßen führt aus, dass man alle Jahre wieder wegen der Friesland-Halle hohe Defizite hinnehmen müsse. Die Friesland-Halle habe sich zu "einem Schuss in den Ofen" entwickelt. Man könne keine schwarze Zahlen schreiben sondern nur rote. **Er** wirft die Frage auf, wann sich dieses ändere. **Er** wisse nicht, warum man seinerzeit einen so langfristigen Vertrag abgeschlossen habe. Die Stadt habe keine Chance, mehr Veranstaltungen in die Friesland-Halle zu bekommen, wenn man nicht teure Sanierungsmaßnahmen in Angriff nehme. Jedes Jahr sei ein Defizit von 5.000,00 bis 10.000,00 Euro zu tragen. Im Laufe der Zeit dürften sich dieses auf über 100.000,00 Euro aufgetürmt haben. **Er** fragt, ob es möglich sei, aus diesem Vertrag heraus zu kommen.

Herr Rüstmann entgegnet, dass man einen langfristigen Vertrag habe. Die Verwaltung versuche immer, das Defizit in einem vernünftigen Rahmen zu halten, wobei **er** das genannte Defizit im 6-stelligen Bereich bezweifele. Es sei in der Vergangenheit einmal die politische Entscheidung getroffen worden, dass die Stadt zu dieser Halle stehe und die daraus resultierenden finanziellen Folgen müsse man auch heute noch tragen.

Anmerkung der Verwaltung:

Gemäß § 7 des Pachtvertrages für die Friesland-Halle vom 16.08.1993 endet dieser mit Ablauf des Erbbaurechtsvertrages. Der Erbbaurechtsvertrag vom 23.06.93 endet 49 Jahre nach Vertragsabschluss, so dass der Pachtvertrag im Jahre 2042 endet.

Sodann lässt **die Vorsitzende** über den Beschlussvorschlag abstimmen.

Beschlussvorschlag:

a) Der Jahresabschluss 2009 mit dem Lagebericht wird gem. § 30 Eigenbetriebsverordnung festgestellt.

b) Für das Haushaltsjahr 2009 wird der Werksleitung die Entlastung gemäß § 30 Eigenbetriebsverordnung erteilt.

c) Der Jahresverlust des Haushaltsjahres 2009 in Höhe von 5.744,10 € ist aus dem Haushalt der Stadt auszugleichen.

Abstimmung: einstimmig beschlossen

**TOP 18 Wirtschaftsplan 2010 des Eigenbetriebes Betreibergesellschaft
Friesland-Halle**

**WerkA Nr. 7 vom 13. September 2010
VA Nr. 73 vom 21. September 2010
Vorlage: BV/317/2010**

Ohne Aussprache beschließt der Rat

Beschlussvorschlag:

Der Wirtschaftsplan des Eigenbetriebes „Betreibergesellschaft Friesland-Halle“ für das Haushaltsjahr 2010 wird beschlossen. Der Finanzplan zur Kenntnis genommen.

Abstimmung: einstimmig beschlossen

**TOP 19 Eingliederung des Eigenbetriebes "Betreibergesellschaft Friesland-
Halle" als Regiebetrieb**

**WerkA Nr. 7 vom 13. September 2010
VA Nr. 73 vom 21. September 2010
Vorlage: BV/338/2010**

Herr Rüstmann führt zur Beschlussvorlage aus. Sodann beschließt der Rat

Beschlussvorschlag:

Der Eigenbetrieb „Betreibergesellschaft Friesland-Halle“ wird zum 31.12.2010 aufgelöst. Die Weiterführung der Geschäftstätigkeit erfolgt als Regiebetrieb der Stadt Jever.

Abstimmung: einstimmig beschlossen

**TOP 20 Wohnungsbau-Gesellschaft Friesland mbH,
hier: Neuwahl des Aufsichtsrates**

**VA Nr. 73 vom 21. September 2010
Vorlage: BV/342/2010**

Die Vorsitzende verliest den Beschlussvorschlag und lässt zunächst über den Vorschlag abstimmen, Herrn Dieter Janßen als Mitglied zu benennen.

mehrheitlich beschlossen: 23 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen, 7 Enthaltungen

Sodann lässt **die Vorsitzende** über den Vorschlag abstimmen, Herrn Dirk Zillmer als stellvertretendes Mitglied zu benennen.

mehrheitlich beschlossen: 22 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen, 8 Enthaltungen

Beschlussvorschlag:

Der Rat der Stadt Jever benennt per Abstimmung gemäß § 47 NGO folgende Personen für den Aufsichtsrat der Wohnungsbau-Gesellschaft Friesland mbH in Jever:

Mitglied: Herr Dieter Janßen
stellvertretendes Mitglied: Herr Dirk Zillmer

Abstimmung: mehrheitlich beschlossen:

TOP 21 Schließen des öffentlichen Teiles der Sitzung

Die Vorsitzende schließt den öffentlichen Teil der Sitzung um 20:26 Uhr.

Genehmigt:

Margot Lorentzen
Vorsitzende/r

Angela Dankwardt
Bürgermeisterin

Uwe Hagededt
Protokollführer/in